

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köpfer in Stettin.
 Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
 Anzeigen: die Zeitspaltzeilen oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neumann 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.
 Agenturen in Deutschland: In allen größeren
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
 G. L. Daube, Invalidentank. Berlin Bernh. Arnst, Max
 Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies.
 Halle a. S. J. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
 Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
 furt a. M. Meiner, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Abend-Ausgabe.

Deutschland.

Berlin, 9. November. In der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird der Beweis dafür angetreten, daß die Handelsverträge von 1891 für Deutschland schon bisher positiven Vortheil gebracht haben, obgleich sie in einer Zeit wirtschaftlicher Depression in Kraft traten:

Der Werth der Gesamtanfuhr ist im Jahre 1892 gegen 1891, ebenso wie in fast allen Staaten Europas, in Deutschland und in den Vertragsstaaten zurückgegangen. Die deutsche Anfuhr nach den Vertragsstaaten ist aber erheblich weniger gesunken, als nach dem übrigen Ausland. Während nämlich die Gesamtanfuhr im Jahre 1892 um 220 Millionen Mark sich vermindert hat, ist die Anfuhr nach den genannten Vertragsstaaten nur um 32 Millionen (von 752 auf 720 Millionen) zurückgegangen, d. h. sie ist nach Prozenten der Gesamtanfuhr von 23,7 auf 24,4 Prozent gestiegen. In den drei ersten Quartalen des Jahres 1893 ist dagegen nicht nur die Anfuhr nach den genannten Vertragsstaaten, sondern auch die Gesamtanfuhr Deutschlands gegen dieselbe Periode von 1892 und zwar um 185 Millionen Mark, wovon etwa 80 Prozent auf Fabrikate entfallen, gestiegen. Auch in dieser Periode war die Steigerung der Anfuhr nach den Vertragsstaaten relativ größer, als nach dem Gesamtanland (etwa 700 000 Tonne gegen 900 000 Tonne), während in der ersten Hälfte d. J. die Gesamtanfuhr Belgiens und Italiens zurückgegangen, diejenige der Schweiz um 100 000 000 Franken und die Anfuhr Österreich-Ungarns um 40 000 000 Gulden gewachsen ist.

Die Gesamtsumme des Reichshaushalts- etats für das nächste Rechnungsjahr beläuft sich auf 1 300 725 602 Mark und zwar belaufen sich die fortwährenden Ausgaben auf rund 1 079 000 000 Mark, die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats auf rund 84 000 000 Mark und die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats auf rund 139 000 000 Mark. Das Etatsgesetz schließt sich genau den früheren gleichartigen Gesetzen an. Die Erhöhung des Schatzamtskredits um 75 Millionen Mark zur Aufrechterhaltung der österreichischen Vereinbarkeit ist noch beibehalten.

Nach einer Meldung aus Nordhausen ist der regierende Fürst Otto von Stolberg-Rosla gestern auf seinem Schlosse in Rosla in Thüringen gestorben. Der Fürst, am 12. Juli 1850 geboren, war erbliches Mitglied des preussischen Herrenhauses und der hessischen ersten Kammer, da dieser Zweig des Stolberg-Rosla'schen Hauses auch im Großherzogthum Hessen Verungen hat. In der preussischen Armee befehligte er den Rang eines Majors. Der Fürstentitel ist ihm erst vor Kurzem von Preußen zugesprochen worden. Der Fürst war zweimal verheiratet: aus seiner ersten Ehe mit einer Gräfin Anna-Elisabeth stammt eine dreizehnjährige Tochter, Gräfin Marie; aus der zweiten mit einer Prinzessin zu Hohenburg-Büdingen die achtsjährige Gräfin Elisabeth und vier Söhne, von denen der sechsjährige Josef Christian Titel und Stellung des Vaters erbt.

Von den bisherigen Witzliedern der national-liberalen Fraktion werden vorberathlich der Nachwahl in Duisburg dem neuen Abgeordnetenhaus nicht mehr angehören die Herren Avenarius, Dommers, Dr. Dürre, Franke, Friedrichs-Gummersbach, Friedrichs-Wienberg, Dr. v. Gneist, Dr. Grimm, v. Helm, Heinke, Hellein, Hottendorf, Kahlke, Kempe, Klefische, Kramer, Licht, Lubrecht, Kadowitz, Malsiedt, Weisler, Schmelzer, Seyberth, Simon, Sembart, Timm, Tschode, Wattenberg, Westermann, Zimmermann. Verloren hat die national-liberale Partei die folgenden Mandate: Schweinitz, Waldenburg, Wittenberg, Salzwedel, Neudorf, Gifhorn, Ver (haben an die Konservativen), Altona, Pinneberg, Hamm (1), Bielefeld (4 an die Konservativen), Breslau an die Freisinnigen; Gesamtverlust 12. Gewonnen hat die national-liberale Partei die Mandate Gub. n. Bielefeld, Kassel-Land, Saarbrücken (4 von den Konservativen), Lillst, Bromberg, Sangerhausen (3 von den Freisinnigen), Luchel (vom Zentrum), Königsberg (1), Hirschberg, Kiel, Hagen (2), Frankfurt a. M. (1) (6 von den Freisinnigen); Gewinn 14.

Am 1. Oktober d. J. betrug die Zahl derjenigen Personen, welche seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes eine Altersrente empfingen, 200 532. Insgesamt waren in dem erwähnten Zeitraum 253 700 Ansprüche auf Bewilligung von Altersrente erhoben worden; davon mußten aber 44 195 als unbedeutend zurückgewiesen werden. Die Zahl der Ansprüche auf Bewilligung von Invalidenrente betrug in derselben Zeit 71 385; anerkannt wurden davon 44 642, zurückgewiesen 17 925. Unter den Personen, die in den Genuss der Invalidenrente getreten sind, befinden sich 1220, die vorher bereits die Altersrente bezogen haben. In Deutschland leben also heute schon, obwohl das Gesetz erst 2½ Jahre in Geltung ist, zusammen 245 184 Staatsrentner, fast eine Viertel Million Menschen, die somit der Armenpflege anheimgefallen wären.

In Nordschleswig beginnt sich aus der Bevölkerung heraus eine Bewegung gegen die Annahme dänischer Optanten bemerkbar zu machen. Nach einer Mitteilung des „Damb. Skorr.“ aus Gravenstein wurde auf Veranlassung des Reichstagsabgeordneten Jørgen folgende Drahtmeldung an den Oberpräsidenten v. Steinmann gesandt:

„Die hier verammelten 84 deutschen Wahlmänner entbieten Ew. Excellenz ihren ehrebetigen Gruß und bitten namens der deutschen Bevölkerung Nordschleswigs, dahin zu wirken, daß künftig keine dänische Optanten mehr aufgenommen werden, weil durch diese die deutschen Interessen fort und fort geschädigt werden.“

Der Karl Paasch ist, der „Staatsb.-Ztg.“ zufolge, Dienstag aus der Irrenanstalt Herzberge entlassen worden. Bekanntlich war Herr Paasch für gemeingefährlich erklärt und am 1. April d. J. in die Irrenanstalt Herzberge untergebracht worden. Hieraus folgte aber die Nichtverurteilung der Entmündigung des Herrn Paasch durch das hiesige Amtsgericht. Der dahingehende Antrag des Polizeipräsidenten ist jedoch vom Amtsgericht wegen Unzulänglichkeit desselben abgelehnt worden, da Herr Paasch, wie durch die künftigen Behörden auch bestätigt worden ist, in Leipzig und nicht in Berlin seinen festen Wohnsitz hat. Herr Paasch mußte daher aus dem Gewahrsam eines preussischen Irrenhauses entlassen werden und ist in Begleitung des Dr.

Wesendonk, der als Bevollmächtigter der Familie des Herrn Paasch den Antrag auf seine Entlassung gestellt hat, nach Leipzig abgereist.

Seitens Morgens 6 Uhr wurde der verantwortliche Redakteur des „Sozialist“, Arthur Ellendt, in seiner in der Gneisenstraße befindlichen Wohnung verhaftet.

Mainz, 6. November. In den Kirchen der katholischen Diözese Mainz wurde ein Hirtenbrief des Bischofs von Mainz verlesen, der sich wider die kirchenfeindliche und zwar insbesondere gegen die sozialdemokratische Presse richtet, welche die katholische Religion durch Herabwürdigung der Geistlichkeit und der Päpste, namentlich bei der Landbevölkerung, zu untergraben sucht. Der Bischof gesteht (so berichten die Zeitungen) in dem Hirtenbriefe zu, daß im letzten Jahrzehnt der päpstliche Stuhl vorübergehend unter dem Drucke sittenloser Missethäter mit Personen besetzt war, welche seiner Würde nicht entsprachen. Leider sei es auch wahr, daß einige Päpste durch Prachtelie, Verschwendung und Begünstigung von Verwandelten in späteren Zeiten Verräther gaben. Deren Zahl aber sei verschwindend klein gegenüber der langen Reihe heiliger, ehrwürdiger Päpste. Der Bischof warnt die katholischen Arbeiter dringend vor der sozialdemokratischen Presse und empfiehlt den Beitritt zu christlichen Arbeitervereinen.

Österreich-Ungarn.

Zur österreichischen Ministerie wurde gemeldet, daß der Kaiser gestern Nachmittag den Justizminister Schönborn in Audienz empfing. Weitere Nachrichten bezogen:

Wien, 8. November. Die vom heutigen Tage erwartete Entscheidung über die Kabinetsbildung ist bisher nicht erfolgt. Die Verhandlungen des kaiserlichen Raths mit den Parteiführern dürften vielleicht noch zwei Tage dauern. Ein neuer Vorschlag zielt, da der Posten des Ministers des Innern nicht zugestanden wird, auf dessen Besetzung durch Vacquey ab, welcher der linken Gruppe wäre, Vacquey im Ministerium, würde aber wohl einem Drucke von oben nachgeben und die Stelle annehmen. Der Unterrichtsminister soll ebenfalls kein Parteimann werden. Die Ministerial- und Polen bringen für diesen Posten den früheren Abgeordneten Bobrowski in Vorschlag, doch gilt dessen Verweigerung als auschließend. Man will als Unterrichtsminister einen höheren Beamten vorschlagen. Das Handelsdepartement wird der Linken überlassen. Man spricht davon, daß Baron Widmann, da er nicht Minister des Innern wird, Handelsminister werden soll. Wabowski ist zum Justizminister angesetzt. Für die Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens eines Ministeriums Windischgrätz spricht, daß Kalmay seine wiederholt verschiedene Urlaubsbereise heute antritt, was gewiß unterbleiben wäre, falls weitere Verwickelungen bezüglich Kabinetsbildung bevorstünden.

Schweiz.

Bern, 6. November. Der Gefangenentour über die Reorganisation der Truppentorper ist vom Militärdepartement fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen dem Bundesrath vorgelegt werden, so daß er im Dezember an die Bundesversammlung gelangen kann. Es ist darin eine Verstärkung der Feldartillerie um 8 Batterien, von 48 auf 56, und die Neubildung von vier weiteren Gebirgsbatterien vorgesehen.

Frankreich.

Paris, 8. November. Aus Alger wird gemeldet, betreffs der Expeditionskolonnen, von deren Entsendung nach der Tuat-Lake die Blätter sprachen, sei entschieden noch keine Entscheidung getroffen worden. Es verlautet vielmehr, daß Gegenbefehl gegeben worden sei. Die gestrige Abreise des Generals Hervé nach Paris hänge mit der Tuatfrage zusammen.

Paris, 6. November. Die harten Worte, die General de Cools über die Unzulänglichkeit der Reserveoffiziere gesprochen, mußten geführt werden. Das Land dürfte nicht unter dem Eindruck bleiben, daß die Besandtheile des Heeres ohne die alle auf dem Papiere stehenden Millionen Soldaten im Felde unbrauchbar sind und nur einen wimmelnden Haufen darstellen, nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen. Die Kriegsverwaltung, hat deshalb zwei verschiedene Gelegenheiten benutzt, um den getränkten Reserveoffizieren das Vertrauen zu gewähren und das Vertrauen des Volkes zu ihnen wieder herzustellen. Bei der Nachprüfung, welche die Pariser Besatzung um Willems vornahm, führten Offiziere des Generalstabes, von denen der ranghöchste Oberstleutnant Napoleons Ney vom Territorialheer war, mehrere Bataillone und der Oberbefehlshaber General Sautter folgte besonders den Truppen, die diesen Offizieren anvertraut waren. Am Schluß der Verhandlungen versammelte er sie um sich und sagte ihnen, er sei mit ihnen zufrieden, er beglückwünsche sie zu dem Eifer, mit dem sie an ihrer Ausbildung arbeiten, und er werde ihnen möglichst viel Gelegenheit bieten, zu lernen und sich zu bewähren. Und gleichzeitig überreichte der Kriegsminister in Gegenwart des Präsidenten der Republik einem Oberstleutnant des Territorialheeres das Kommandeurkreuz der Ehrenlegion zur Belohnung für die ausgezeichnete Ausbildung, die er dem ersten Territorialregiment gegeben. Die verleihe Klasse ist für einen Stabssoffizier ganz ungewöhnlich. Es gibt Generale genug, die bloß das Offizierskreuz besitzen. In der Person dieses Oberstleutnants wollte der Kriegsminister eben das ganze Offizierskorps des Territorialheeres auszeichnen und versöhnen. Daß General de Cools Unrecht gehabt habe, ist freilich durch alle diese Kundgebungen nicht bewiesen.

Italien.

Die „Perseveranza“ nimmt Notiz von einem Gerücht, welches wissen will, die Verlobung des Prinzen von Neapel mit einer Tochter des Erzherzogs Karl Ludwig von Österreich sei geplant. Der erwähnte Prinz, Viktor Emanuel (der Kronprinz), steht im Alter von vierundzwanzig Jahren. Was die angebotene österreichische Prinzessin betrifft, so handelt es sich nach Gerüchten, welche seit einiger Zeit auch in Wiener aristokratischen Kreisen im Umlauf sind, um die Erzherzogin Maria Annunziata (geboren am 31. Juli 1876 aus der Ehe des Erzherzogs Karl Ludwig mit der Erzherzogin Marie Theresie stammend). Kürzlich war auch von der bevorstehenden Verbindung des Herzogs Emanuel von Neapel, des Bruders des Königs von Italien, mit der Prinzessin

Klementine von Belgien die Rede; doch ist die letztere Nachricht wieder dementirt worden. Die „Italie“ versichert, daß das Gerücht von einer Heirat zwischen dem Prinzen von Neapel mit einer österreichischen Erzherzogin auf einem Mißverständnis beruhe; nicht die österreichische, sondern eine deutsche Prinzessin sei dem Prinzen zur Frau bestimmt.

In eingeweihten Kreisen behauptet man, daß der Papst die Absicht hege, der Kronprinzessin Wittne Stephanie von Österreich im kommenden Jahre die Tugendkrone zu verleihen.

Belgien.

Brüssel, 5. November. Der soeben erschienene statistische Jahresbericht der belgischen Kohlenindustrie für 1892 gewährt einen interessanten Einblick in das Befinden von den Sozialistenführern tagtäglich in absichtlich gefälschter Weise dargestellte Verhältnisse Kapital und Arbeit, wie es in diesem Hauptindustriezweig des Landes obwaltet. Die allgemeine Krisis machte sich im Jahre 1892 auch in der belgischen Kohlenindustrie durch eine Abnahme der Produktion und durch Verschlechterung der Löhne bemerkbar. Die Netto-Produktion sämtlicher Bergwerke des Landes belief sich auf 1 853 000 Tonne, welche bei einem Verkaufspreise von 10,69 Frs. die Tonne (19,1 Prozent weniger als im Vorjahre) einen Werth von 190 823 000 Frs. ausmachten. Das Arbeiterpersonal bestand aus 118 578 Arbeitern, d. i. 405 weniger als im Jahre 1891. An Löhnen wurden 113 509 000 Frs. ausbezahlt, d. i. 15 738 000 Frs. weniger als im Vorjahre. Der durchschnittliche Jahreslohn betrug 957 Frs. gegen 1086 Frs. im Jahre 1891. Der Durchschnitts-Tageslohn für Arbeiter über der Erde betrug sich auf 2,40 Frs., für Arbeiter unter der Erde auf 3,56 Frs. und für die eigentlichen Hauer auf 3,80 Frs. Während die Kohne im Jahre 1892 um 12 Prozent niedriger waren als im Jahre 1891, war der Gewinn des Kapitals um 67 Prozent niedriger als im Vorjahre; er betrug nämlich nur 11 762 000 Frs., gegen 35 681 000 Frs. im Jahre 1891. Von dem gesamten Produktionswerthe wurden 56,4 Prozent an die Bergleute ausgezahlt, 37,8 Prozent für anderweitige Betriebskosten vorausgezahlt und nur der Rest von 5,8 Prozent verblieb den Bergwerksgehilfen als Reingewinn. Die Gesellschaften haben demnach weit schwerer als die Arbeiter unter der Erde zu leiden, und man ersieht aus obigen Ziffern, wie aber die ewige Behauptung der sozialistischen Propaganda ist, daß das Kapital die Bergwerksarbeiter schonungslos ausbeute und die Kohne bis aufs äußerste herabdrückt, um den Reingewinn zu vergrößern. Freilich hielten die Sozialisten sich wohlweislich, irgend welche Ziffern zum Beweise derartigen Behauptungen anzuführen.

Graumont, 7. November. In sämtlichen hiesigen Streichholzfabriken haben die Arbeiter, etwa 2000 im Ganzen, die Arbeit eingestellt, weil in einer einzigen Fabrik ein neuer Lohnvertrag eingeführt wurde, durch welchen die Arbeiter sich benachteiligt glaubten. Da Graumont der Hauptort der belgischen Streichholzindustrie ist, so steht in Folge des Ausstandes der Betrieb in diesem Industriezweig fast vollständig still.

Spanien und Portugal.

Barcelona, 8. November. Während der anlässlich der Eröffnung des Theaters stattgehabten Aufführung von „Wilhelm Tell“ wurden zwei Dring-Wunden in den Speisraum geworfen. Die Bomben explodierten und töteten 10 Damen und 9 Herren. 45 Personen wurden verwundet, von denen heute früh 3 bereits im Spital ihren Wunden erlegen sind. Unter den Toten befinden sich 7 Mitglieder einer und derselben Familie. Unter den Verwundeten befindet sich auch ein Deutscher. Drei des Attentats verdächtige Anarchisten wurden sofort verhaftet. Von einem derselben wurde noch eine Dynamitbombe vorgefunden. Heute früh noch weitere vier Anarchisten verhaftet worden. Die Anziehung in der Bevölkerung ist unbeschreiblich.

Dänemark.

In Kopenhagen starb am 4. d. M. im Alter von mehr als 83 Jahren der frühere Minister konferenzrath H. J. A. Aaslof. Der Verstorbene war ein geborener Kopenhagener, erhielt aber seine erste Erziehung in Altona und besuchte später die Akademie zu Sorø. Nachdem er sein juristisches Amtsgesamtes beendete hatte, wurde er 1841 zum Assessor im Kopenhagener Kriminal- und Polizeigerichte und 1861 zum Mitgliede des Appellationsgerichtes in Kopenhagen ernannt. Drei Jahre später trat er in das damalige schleswigsche Ministerium als Departementschef und übernahm im Dezember 1864 das Portefeuille eines Ministers für das Herzogthum Schleswig im Hall-Andersens Kabinett. Er war Gesamts-Staatsmann und bewonte als solcher die Selbstständigkeit des Herzogthums Schleswig im dänischen Gemeinthaute. Diese politische Haltung widerspreche den Zielen der dänischen Politik, daher sein Verbleiben im Ministerium Hall unmöglich war. Er mußte aus diesem ausscheiden (1870), um dem mehr gefügigen Kammerherren Wohlhagen Platz zu machen. Im Februar 1880 ließ der Verstorbene sich doch von Hall verweisen, wieder in das Kabinett desselben, diesmal aber als Minister für Holstein, einzutreten. Schon im folgenden Jahre schied er indessen aus dieser Stellung, die Hall selbst übernahm, fungierte aber als königlicher Kommissarius bei der holsteinischen Ständeverammlung. Als solcher geriet er in scharfen Konflikt mit Hall, dessen doppelhändiger Politik der Verstorbenen sich den holsteinischen Ständen gegenüber weder anpassen konnte noch wollte. Er schied damit aus dem dänischen Staatsdienst und wurde Publizist. Als solcher gab er in Broschüren, Zeitchriften u. s. w. viele und werthvolle Beiträge zum Verständniß des damaligen politischen Treibens in der dänischen Hauptstadt.

Großbritannien und Irland.

Aus London berichtet ein Privattelegramm über eine eigenthümliche römische Korrespondenz der „Times“ wie folgt:
 „Der „Times“ wird aus Rom geschrieben: Die Ausrückung der „Hamburger Nachrichten“ über das angebliche für Italien bestehende Verdrinß, die russische Vermittelung nachzusuchen, konnte ohne autoritative Widerlegung Glauben finden. Diese Widerlegung sei leicht. Italien habe keine anderen den russischen Interessen entgegenstehenden Interessen als das übrige Europa.“

Es sei absolut falsch, daß Italien Zusicherungen einer Vermittelung für gewisse Eventualitäten, welche die Niederlage des Dreibundes durch Rußland und Frankreich zur Folge hätte, nachgesucht habe. Der beherrschende Gedanke seiner Politik sei das volle Einvernehmen mit England im Mittelmeere. Wenn dieses erreicht wäre mittels eines Vertrages, würde sich Italien vom Dreibunde zurückziehen, wenn England beim Ablauf der gegenwärtigen Vertragsdauer es wünschte; England wünsche jedoch die Loslösung vom Dreibunde nicht, Italien habe kein feindseliges Gefühl gegen Rußland, noch einen Grund, ein solches bei Rußland voranzutreiben, aber es würde England in jeder das Mittelmeer betreffenden Frage unterstützen, gleichviel welche andere Macht dabei interessiert wäre. Italien wolle die Aufrechterhaltung des Status quo; sein Hauptzweck sei die Aufrechterhaltung der Freundschaft mit England gewesen, welcher selbst der Dreibund untergeordnet sei. Italien habe rückhaltloses Vertrauen in die auswärtige Politik Englands. Dieses schließe die Möglichkeit geheimer, die englischen Interessen schädigender Verträge aus.“

Was hier über das spezielle Verhältniß Italiens zu Rußland gesagt wird, dürfte richtig sein. Aber die Möglichkeit englischen Disponens über Italien wird doch allzu unbedingte hinzustellen. Zudem erscheint die ganze Erweiterung der Frage, ob Italien auf den Wunsch Englands aus dem Dreibund austreten würde, falls England einen Vertrag mit Italien schloße, gegenstandslos, da England weder den Austritt wünschen kann, noch unter Herrn Gladstone einen solchen Vertrag abschließen würde. Man muß den Wortlaut des Artikels abwarten, um beurtheilen zu können, ob er eine Bedeutung hat — etwa die einer Warnung an italienische Politiker, welche mit dem Hintergedanken, sich vom Dreibund zu trennen, auf die Erbgründe des Kabinetts Gisselt spekuliren. Vor Jahren wurde der Marquis Rudini einmal — kurz vor der von ihm bewirkten Erneuerung des Dreibundes — in solcher Weise in der „Times“ gewarnt.

Montenegro.

Den jüngsten Zwischenfall an der montenegrinisch-albanischen Grenze, der eine Beschwerde der Cetinjer Regierung an die Pforte zur Folge hatte, schildert das montenegrinische Amtsblatt „Glas Crnogorac“ wie folgt:

„Wir haben einen für unsere guten Beziehungen mit der Türkei sehr unangenehmen Vorgang zu verzeichnen. Derselbe betrifft die Grenzfrage, zu deren Lösung eine gemischte Kommission berufen wurde. Unser Kommissar war der türkische hatter eine Zusammenkunft in Biopolje vereinbart, um die dortige strittige Grenze festzustellen. Vor Tagesanbruch machte sich unser Kommissar Gerdaschewitsch vom Detritavao aus nach Biopolje auf den Weg und schickte einen Soldaten voraus, um nachzusehen, ob der türkische Kommissar bereits angekommen sei. Der Soldat kehrte jedoch bald zurück und meldete unserem Kommissar, daß Biopolje voll von bewaffneten Mannen ist, und daß diese sich anstehen, die Straße nach Detritavao zu besetzen. Daraufhin schlug unser Kommissar den Weg nach Schitrol ein, aber kaum hatte er sich hier der Grenze genähert, als die Mannen ein Pelotonfeuer auf seine Begleitung eröffneten, welcher es indessen gelang, sich ohne Verlust zurückzuziehen. Auf die Gewehrschüsse eilten sofort die benachbarten Montenegriner vom Stamme Kuch herbei, aber unser Kommissar gestattete ihnen nicht, das Feuer zu befeuern oder türkisches Gebiet zu betreten. Die Mannen dagegen schossen bis in die Nachmittags hinein und waren etwa 100 Mann in Biopolje beisammen. Da sich der türkische Grenzmann oberhalb Biopolje auf einer Anhöhe nächst unserer Grenze befand, so schickte unser Kommissar ein Schreiben dorthin für seinen türkischen Kollegen. Darin forderte er denselben zu einer Zusammenkunft bei der Grenzpyramide unmittelbar an der Grenze auf. Der Grenzführer kommandirende Ansbacha theilte dem Ueberbringer des Briefes mit, daß der Kommissar sich in Guntje befindet und zur Zusammenkunft nicht kommen will, vielmehr nach Tuzi zurückzukehren gedenkt. Anlässlich dessen hat die montenegrinische Regierung die nöthigen Schritte in Konstantinopel unternommen, und wir hoffen, daß der gute Wille und die Autorität der hohen Pforte sich stärker erweisen werden als die arnautische Unbetheiligkeit.“

Afrika.

Tanger, 8. November. Auf die Meldung, welche der marokkanische Minister Torres dem Sultan von Marokko über den am 2. Okt. r bei Melilla stattgegangenen Zusammenstoß zwischen Spaniern und ifebewohnern erstattet hatte, ist jochen die erste Antwort in Tanger angekommen. Der Sultan läßt dem spanischen Gesandten zu nachst sein Bedauern über die Handlungswiese der Bewohner des Rifis aussprechen und fügt die Versicherung hinzu, daß Spanien Genußgung erhalten werde, da ihm, dem Sultan, daran liege, an der alten Freundschaft mit Spanien festzuhalten und dieselbe noch zu verneuern. Der Sultan werde eine Vertrauensperson unverzüglich nach dem Rif senden mit dem Befehl, sich ruhig zu verhalten.

Tanger, 8. November. Der spanische Konul in Tetuan tötete mit einem Revolver einen Spanier, den er hatte verhaften lassen, in dem Augenblick, als dieser den Versuch machte, ihn zu erschlagen.

Amerika.

Newyork. Die Erbauung der Vereinigten Staaten-Kriegsflotte wird von der Washingtoner Regierung nach Kräften beschleunigt, obwohl gerade jetzt die Finanzlage der Union zu kostspieligen Neuaufwendungen wenig einladend erscheint. Es sind nicht weniger als 15 Schiffe im Bau begriffen, nämlich die Schnellkreuzer „Montgomery“, 2000 Tons, „Marblehead“, 2000 Tons, „Cincinnati“, 3185 Tons, „Kaleigh“, 3183 Tons, „Columbia“, 7350 Tons, „Olympia“, 5500 Tons, „Minneapolis“, 7350 Tons, die Panzerkreuzer „Maine“, 6648 Tons, und „Brooklyn“, 9150 Tons, das Panzerkreuzer „Katahdin“, 2183 Tons, endlich die Panzerjagdschiffe „Tegus“, 6648 Tons, „Massachusetts“, 10 200 Tons, „Indiana“, 10 200 Tons, „Oregon“, 10 200 Tons, und „Jowa“, 11 296 Tons. Davon wird die bei weitem größere Hälfte noch im laufenden bzw. im nächsten Jahre fertig, der Rest in den Jahren 1895 und 1896. Die

ver kurzem in Dienst gestellten Kriegsschiffe „Montevideo“, „Newyork“ und „Detroit“ sind schon völlig aktionsfähig, an die Neuausrüstung der aus dem Jahre 1888 stammenden vier Schiffe „Puritan“, „Amphitrite“, „Terror“ und „Monarch“, wird gegenwärtig die letzte Hand gelegt. Ferner sind die Baupläne für drei Kanonenboote zu je 1200 Tons und für vier Torpedoboote 2. Klasse entworfen.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin, 9. November.** Im großen Saale des Konzerthauses hielt gestern Abend Herr Premierlieutenant a. D. Theodor Westmark vor einer sehr zahlreichen Zuhörerschaft einen Vortrag über das Ronggo-Gebiet. Dem Vortragenden ging ein gut'er Ruf voraus und rechtzeitig er denjenigen, was die stoffliche Behandlung des Themas angeht, vollkommen. Die fremdartige Aussprache des Deutschen, das Herr W. für einen Ausländer stehend genug spricht, berührte im Anfang etwas eigenthümlich, doch gewöhnte sich das Ohr bald daran und muß der Vortrag trotz kleiner sprachlicher Unebenheiten als äußerst fesselnd bezeichnet werden. Nach einer kurzen Schilderung der Völkerverhältnisse und Gefahren, welche eine Fortschreibung auf dem Ronggo mit sich bringt, ging Redner näher auf die Stanley-Standale ein, über die er mancherlei interessante Einzelheiten mittheilen vermochte. Bei Weitem interessanter war jedoch die Schilderung von den Sitten und Gebräuchen der am oberen Ronggo sesshaften Kannibalen, der Mangallas. Diese treiben ausnahmslos Viehwirtschaft und zwar hängt die Zahl der Frauen lediglich von dem Reichtum des Mannes ab, denn er kauft dieselben. Auf ihre Toilette verwenden die Wilden, was die Kleidung betrifft, wenig Sorgfalt, denn in vielen Fällen besteht dieselbe nur aus einer Schnur bunter Glasperlen, dagegen versehen sie ihr Haar künstlich zu flechten und daraus einen großen Kopsputz zu gestalten, wobei sie die Verwendung solchen Haars nicht verschmähen. Vor den Europäern empfinden die Mangallas eine heilige Scheu, denn sie glauben, sie würden nach dem Tode weiß und halten daher die Weissen für Abgebende der Geisterwelt. Uebrigens meinen sie, dieselben wären nur am Gesicht und an den Händen weiß, am Körper jedoch schwarz, so daß Redner selbst, als er einmal leicht bekleidet eines der Dörfer besuchte, den Bewohnern desselben unbeschreibliche Furcht einflößte, da sie sahen, er sei auch am Körper weiß. Mit der Zubereitung ihrer menschlichen Schlachtopfer nehmen sie es sehr genau. Sie legen dieselben zunächst in einen Trog, so daß nur der Kopf heraussteht, und lassen den Leib einige Tage wässern, worauf den Unglücklichen Arme und Beine mit großen Messern zerstückt und dieselben dann erst getrocknet werden. In großem Maßstabe finden die kanibalistischen Schmausereien bei Festen sowie nach siegreichen Kämpfen statt und bieten in letzterem Falle die erlegten Feinde einen werthvollen Beitrag für die Herstellung des Mahles. Auf ein anderes Gebiet übergehend, berührt Redner den Handel, welcher vom Innern nach der Westküste betrieben wird und als dessen Objekte hauptsächlich Palmöl und Elfenbein dienen. Der Verkehr mit den Eingeborenen ist jedoch in dieser Hinsicht mit einigen Schwierigkeiten verknüpft und erfordert vor allen Dingen eine unendliche Geduld, da um jede Waare Tage und Wochen hindurch mit den anwesenden Weissen gekämpft wird. Ist dann endlich das Geschäft abgeschlossen, so erbittet hinterher der Schwarze noch ein Geschenk für sich und sein ganzes Gefolge. Daß unter solchen Umständen die Qualität der von den Europäern als Kaufmittel gebrauchten Waaren hinter der Quantität weit zurücksteht, leuchtet ein. Mit einem Hinweis auf den ersten Zweck der Koninkisation des dunklen Erdtheils, die Unterdrückung des Sklavenhandels, schloß Herr Westmark seinen anerkennenswerthen, von den Zuhörern mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Unsere Führerbesitzer klagen außerordentlich über die schlechte Anlage der neuen Straße zwischen Rathaus und Post, die von der Grünen Schanze direkt nach dem Bahnhof führt. Diese Straße hat bekanntlich in ihrem Vorgeschnitten eine Steigung zu überwinden. Um dies leichter zu machen, ist sie leider so sehr abgegraben, daß sie auch im Durchschnitt nicht in vagerer, sondern in schiefer Ebene läuft. Die Folge davon ist, daß alle Wagen, Droschen und Lastfuhrwerke, eine große Neigung haben, nach der tiefer gelegenen Seite der Straße abzurutschen. Namentlich bei Glätte sieht man bald den einen, bald den andern der Wagen auf das Trottoir gelangen und dabei denn auch gelegentlich eine oder die andere der am Rande des Trottoirs stehenden Straßenlaternen mit umfahren. Es versteht sich von selbst, daß die Kutscher dann jedes Mal den Schaden und womöglich auch noch Strafe bezahlen sollen. Es handelt sich aber in all diesen Unfällen gar nicht um ein Ungeschick des Wagenlenkers, sondern um die fehlerhafte Anlage der Straße. Wenn überhaupt Jemand bei diesen mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederkehrenden Unfällen ein Verschulden trifft, so sind es nicht die Kutscher der Wagen, sondern es ist der Erbauer dieser Straße, welcher zur Verantwortung herangezogen werden sollte. Auch die städtische Feuerwehr selbst, welche doch gewiß tüchtige Pöschelken besitzt, hat nicht umhin können, einen der dortigen Laternenpfeile umzurennen. An eine Veränderung der Straße selbst dürfte bis zu einer etwaigen Reparatur derselben kaum zu denken sein. Wenigstens sollte man aber doch die Laternenpfeile hinter das Trottoir legen, damit nicht ferner ganz unschuldige Menschen weiter für die Fehler der Straßenanlage selbst bestraft werden müssen.

Die Sektion für Küsten- und Hochseefischerei ist mit dem Vorsitzenden des Zentralvereins preussischer Berufsfischer, Herrn P. Kraag in Stralsund, in Verbindung getreten, um Versuche anzustellen, welche bezwecken, den häufigen Unglücksfällen der Fischer und Seefahrer bei stürmischer Witterung zu steuern bezogen Ertrinken zu verhindern. Man beabsichtigt in der Nähe des Kiels Grünstellen etwa nach Art von Seitenfischen oder Kimmigfischen einzubringen, wenn dieselben nicht etwa die Wanderschaft des Bootes hindern sollten. Auch Versuche sollen veranstaltet werden, ob nicht ein stark imprägnirter Tau, das jedwede neben und im Grunde des Kiels sich erstreckend, an seinen beiden Enden zu verwenden sei und so die Rettung beim Kentern des Bootes ermöglichen soll. Aber auch bei letzterem ist es fraglich, ob dasselbe ohne große

Dukareff, 9. November. Das erste Ge-
setz des Budgetjahres 1893—94 ergab einen
Ueberschuß von 8 422 194 Franks.

Dublin, 9. November. Der „Daily Inde-
pendent“ erzählt, daß Morley, der Staatssekretär
für Irland, einen Verhaftungsbefehl gegen John
Edmond, den Führer der Parnelliten im Unter-
haus, wegen seiner aufführerischen Reden außer-
halb des Parlaments erlassen habe. Diese Nach-
richt ist indes bisher noch unbefähigt geblieben.